

Rede wg. Kundgebung zur Gemeinderatssitzung am 8.11.10

Der Finanzminister des Bundeslandes Baden-Württemberg hat heute über die Zeitungen eine frohe Botschaft verkünden lassen:

- Bei der Pro-Kopf-Verschuldung stünden Baden-Württembergs Kommunen super da!
- Und nach der neuen Steuerschätzung könnten die Kommunen mit 380 Millionen € Mehreinnahmen in diesem Haushaltsjahr, mit 540 Millionen € Steuereinnahmen im nächsten Jahr und 750 Millionen in 2012 rechnen.

Gleichzeitig diskutiert der Tübinger Gemeinderat ein riesiges Sparpaket, dass Kultur zerstört, Kinderbetreuung qualitativ schlechter macht, soziale Dienstleistungen wegstreicht, Stellen kürzt und Infrastruktur durch Nichtinvestitionen stückweise zerstört. Und man fragt sich: Sind diese Gemeinderäte mental noch ganz auf der Höhe?

Dieses Sparpaket, das heute eventuell schon in ersten Punkten beschlossen werden soll, wird von der kommunalen CDU, FDP, SPD und den kommunalen Grünen als alternativlos hingestellt. Sonst kommt das böse Regierungspräsidium über uns, so die meisten Gemeinderäte, und macht tabularasa mit allen sozialen Dienstleistungen der Stadt.

Die Gemeinderatsfraktionen haben somit eine niveaulose, ja richtiggehend verblödete Diskussionsstruktur etabliert, bei der man immer nur mit dem Finger auf den anderen zeigen darf, um zu sagen: Bei dem soll man kürzen, nicht bei mir. Worauf dann die Gemeinderäte den weisen Papa machen dürfen um darauf hinzuweisen, dass doch jeder was beitragen muss. Als Bürger und Bürgerin hat man da qua Rollenverteilung von Anfang an die Rolle des kindlichen Bittstellers zugewiesen bekommen, der in einem 12 000 € teuren Fragebogenprojekt dann das Spielzimmer der Geschwister als überflüssig anschwärzen darf! Das ist „Teile und Regiere!“ Mit einem wirklichem Bürgerhaushalt oder Basisdemokratie hat das Nichts zu tun!

Ob man überhaupt in der kommunalen Daseinsvorsorge, also in der bürgernahesten Sozial- und Kultur- und Infrastrukturförderung kürzen soll – ob diese Politik im Gesamten Sinn macht, soll nicht mehr diskutiert werden dürfen, so argumentieren bsp. die kommunalen Grünen. Wer keinen Kürzungsvorschlag macht, dem wird auch keine ernsthafte Diskussionsbeteiligung gestattet. Das riefen uns Baumgärtner, de Beauclair und Co bei unseren vergangenen Protesten zu .

Ja was jetzt, fragt man sich? Aufschwung und Steuermehreinnahmen oder tödliche Schuldenkrise der Gemeinde, die es legitimiert auf diesem – ich sag mal graswurzelhohen Niveau – über die Kommunalfinanzen zu diskutieren?

Sind die Kommunen wirklich so nah am Absturz, dass wir als Bürger auf immer mehr sinnvolle Herzstücke der Daseinsvorsorge verzichten sollen; dass wir Immer mehr radikale Qualitätseinbußen hinnehmen sollen; dass wir immer weniger präventive Vorsorge gegen die gesellschaftlichen Zerstörungskräfte der rücksichtsloseren Profitmaximierung in unserem Wirtschaftssystem leisten können? Denn nichts anderes ist die soziale Polarisierung in Arm und Reich, die ja selbst Frau Merkel und die CDU nach knapp 100-jährigem Reflexionsprozess – das nenne ich konservatives Beharrungsvermögen - nun mit KiTas und anderen kommunalen Bildungsmaßnahmen bekämpfen möchte.

Was also jetzt: Schuldenkrise oder Aufschwung ?

Die Antwort ist Schuldenkrise und Aufschwung – aber nur für den Profit!

Die Subventionierung der heiligen deutschen Wirtschaft und ihrer Profite, um das geht es CDU, FDP, SPD und Grünen. Die staatlichen, also auch die kommunalen Finanzen werden zu Gunsten der Profite der Wirtschaft zurückgefahren. Die Kürzungen unserer Infrastruktur gestern und heute sind die Subventionen der Wirtschaft gestern, heute und morgen. Auf was wir heute verzichten, wird den Unternehmen in Zukunft nachgelassen. Schon jetzt werden wegen des Aufschwungs schon wieder neue Steuererleichterungen für die Wirtschaft gefordert. Die Parteien und Regierungen, die das vorantreiben, sind in ihren oberen Etagen neoliberal ideologisiert, manipuliert, korrumpiert und gekauft. Und das ist da, wo die Steuergesetze gemacht werden.

In Brüssel kommen beispielsweise auf jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten 5 LobbyistInnen. Alleine in Berlin gibt es 40 private Anwaltskanzleien, die sich allein darauf spezialisiert haben, Gesetzesentwürfe zu schreiben. Lobbyisten werden an Ministerien ausgeliehen und schreiben Gesetze innerhalb des Regierungsapparats. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, eine Werbeagentur der Metallarbeitgeber, hat Jahr für Jahr einen anwachsenden Etat von über 10 Millionen € (Tübingen fehlen scheinbar 6,6 Mio € jährlich). Und das ist beileibe nicht der einzige Unternehmerthinktank. Diese Maschinerie sorgt für unsere Verzichtsbereitschaft in allen Bereichen des Lebens und kaufte sich mit schmutzigen Tricks sogar in die Dialoge in Vorabendserien des öffentlich-rechtlichen Fernsehens ein. Und das ist kein Witz oder eine Verschwörungstheorie, sondern das mit den Vorabendserien flog beispielsweise 2005 auf!¹ Da kann man als einfache Bevölkerung mit seinen lebensnahen Bedürfnissen, Interessen und seinem ehrenamtlichen Engagement nur schwer dagegen anstinken.

Und so wird uns auch die Entwicklung der Kommunalfinanzen präsentiert: Haben wir wirklich über unsere Verhältnisse gelebt in Deutschland? Hatten wir in den letzten Jahren ein Aufblähen des staatlichen Sektors? Leben wir, wie die Made im Speck der öffentlichen Dienstleistungen?

Alles Blödsinn: kein Industrieland mit Ausnahme von Japan, deren Verschuldung sich durch kapitalistische Krisen an einen Umfang von 190% ihres Staatshaushaltes annähert, hat grausamer gehaushaltet als Deutschland, bzw. hat die öffentlichen Einnahmen zu Gunsten der Wirtschaft so brutal angefangen zu zerstören wie Deutschland.² Allein auf Steuereinnahmen in Höhe von 300 Milliarden € hat Deutschland in den letzten 15 Jahren verzichtet. Am schlimmsten trieb es die rot-grüne Bundesregierung: Deren Steuerrechtsänderungen zu Gunsten der Wirtschaft kostet den Bund, die Länder und die Kommunen jedes Jahr aufs Neue 50 Milliarden €. Dazu gehört z.B. die radikale Senkung des Spitzensteuersatzes oder die rot-grüne Unternehmenssteuerreform. Wir haben es also mit einem Diktat der geleerten Kassen nicht der leeren Kassen zu tun. Damit hat die Politik zu 100% vollzogen was radikale neoliberale WirtschaftswissenschaftlerInnen seit den 80ern fordern: „Starving the Beast“ nannten die das: das Biest aushungern! Und mit Biest meinten sie unsere staatliche Daseinsvorsorge in den Wohlfahrtsstaaten!

Zerstörung der staatlichen Daseinsvorsorge und deren anschließende Privatisierung sind die zwei Seiten der gleichen Medaille. Die Wirtschaft hat in einem zerstörerischen kapitalistischen System, in dem systemimmanent und empirisch deutlich nachweisbar, die Wachstumsraten immer weiter

¹ <http://www.lobbycontrol.de/blog/download/in-sm-marienhof-bewertung.pdf>

² http://www.gew.de/Binaries/Binary67213/Flugi_A3_web.pdf

zurückgehen - in dem sich immer mehr Wertschöpfung vom industriellen Bereich in den Dienstleistungssektor verlagert - immer größere Probleme ihre immer stärker steigenden Profiterwartungen zu bedienen. Deshalb sind sie scharf auf unsere Daseinsvorsorge! Sie wollen und tun es schon: Geld verdienen mit Wasser, mit Bildung, mit Gesundheit und anderen Grundrechten. Alles wird zur Ware! Wer sich diese Grundrechte dann nicht leisten kann wird aus der Gesellschaft ausgeschlossen!! Vorher muss aber noch die staatliche Daseinsvorsorge durch Unterfinanzierung zerstört werden! Und das erleben wir jetzt seit 20 Jahren! Nach der Kürzungsrunde ist vor der Kürzungsrunde.

Der Ortsvorsitzende der Tübinger SPD, Thomas Volkmann, den ich als Mensch und Freund sehr schätze meint in einem Leserbrief: Unsere Kundgebung habe den falschen Adressaten. Die Bösen seien ausschließlich schwarz-gelb und die PolitikerInnen auf der Bundesebene. Damit spielt er leider auch das doppelt falsche Spiel der verantwortlichen Parteien mit:

Auf der kommunalen Ebene haben die einfachen Parteimitglieder, so wie der angesprochene Thomas Volkmann, die Politik der Profitmehrung den Menschen zu verkaufen. So wie im Fall der Tübinger Kürzungen. Ihre ProfipolitikerInnen, denen es vor allem um Macht- und Joberhalt und das Profitwachstum der Wirtschaft geht, interessiert das nicht besonders. Trotzdem wählen aber solche Menschen an der Parteibasis, wie der angesprochene Ortsvereinsvorsitzende auf der Kommunalebene auch diese zukünftigen Abgeordneten. Also alle diese Menschen mit Mandat aus Tübingen, die in den letzten Jahren die zerstörerischen Steuergesetze gegen Tübingen und die Kommunen durchgesetzt haben: Also beispielsweise Herta Däubler Gmehlin (SPD), Winne Herrmann (Grüne)- der das scheinbar völlig vergessen hat - oder Anette Widmann-Mauz (CDU). Die Parteibasis tut aber nun auch in der Kürzungsdebatte so, wie wenn sie mit ihren BundespolitikerInnen nichts zu tun hätten. Gewählt werden meistens die redegewandtesten und opportunistischsten Menschen innerhalb der Ortsgruppen, denn es geht um Erfolg im Wahlkampf, weniger um die politischen Positionen der KandidatInnen. Diese Soft-Skills, die bei der KandidatInnenwahl vor politischen Inhalten zum Erfolg führen, werden dann als Professionalität des Politikers oder der Politikerin gefeiert. LobbyistInnen haben leichtes Spiel mit solchen stark aufstiegsorientierten Naturen. Es gibt aber natürlich auch noch solche Kandidaten, wie den Tübinger SPD-Mann Rosemann, der als Mainstream-Wirtschaftswissenschaftler schon von Anfang an so neoliberal-ideologisch verstrahlt ist, dass man sich aus Lobbyistensicht hier wahrscheinlich gar keine Arbeit mehr machen muss (siehe Rente mit 67 und Steuerpolitik).

Als Fazit rufe ich Euch zu:

Wir haben nicht über den Verhältnissen gelebt! Wir brauchen unsere soziale und kulturelle Infrastruktur. Wir brauchen keine Kürzungen, wir brauchen Investitionen! Wir werden uns die Zerstörung unserer Lebenswelt nicht gefallen lassen. Wir fordern den Gemeinderat auf keine Kürzungen zu beschließen! Die zusätzlichen Steuereinnahmen durch den momentanen Wirtschaftsaufschwung werden eine weitere Kreditaufnahme der Stadt ermöglichen, die die zerstörerischen Kürzungen unnötig macht. Sie ermöglichen uns Spielraum, um uns in Zukunft aktiv und widerständig in die Politik einzubringen und gegen den Wahn vom schlanken Sozialstaat vorzugehen! Vor allem auch als Gemeinderat und als verantwortungsbewusste KommunalpolitikerIn. Wir brauchen neue Steuern für Reiche und die Wirtschaft und für ein gutes Leben für uns als Bevölkerung. Nur so lassen sich die Kommunalfinanzen wirklich nachhaltig sichern.

Wenn wir dann für viele Menschen und junge Familien durch die Investition in Kitas in Kultur, Soziales und vor allem auch Wohnen weiterhin attraktiv bleiben wird Tübingens Bevölkerung weiter wachsen. Wir müssen auch hier in Tübingen für höhere Löhne kämpfen, damit sich endlich auch die Binnenwirtschaft stabilisieren kann und damit es uns besser geht und wir mehr Sicherheit im Leben haben. Übrigens: Bevölkerungswachstum und Zuzüge nach Tübingen bedeuten jährlich höhere Zuweisungen für die Kommunen. So gab es für die Steigerung von 87900 auf ca. 88500 knapp eine Million € höhere Zuweisungen. Das sind vernünftiger finanzielle Perspektiven als die Kürzungen von €-beträgen im tausend-€-bereich, die tolle Initiativen zerstören und keinen finanziellen Erfolg bringen. Hier befindet sich Tübingen zur Entlastung der Kommunalfinanzen auf einem sozialen Wachstumspfad. Das geht aber nur über Investitionen in unsere lokale Lebensqualität! Dafür müssen wir aber kämpfen und Widerstand leisten gegen die herrschende neoliberale Lehre, die eine Lehre der Herrschenden ist und uns auspressen soll!

Und den verantwortlichen GemeinderätInnen rufe ich zu:

Finger weg von den Kürzungen. Kämpft endlich für eine vernünftige Steuerpolitik zu Gunsten der Kommunen und gegen den Steuersenkungswahn in Euren Parteien. Sagt z.B. dass die rotgrüne Regierungszeit großer Käse war und dass es jetzt gilt umzusteuern. Jagen wir bald auch die schwarz-gelbe Klientelregierung zum Teufel.

CDUlerInnen, SPDlerInnen und Freie Demokraten geben sich gerne als Heimatschützer (Stichwort Sarrazin), in dem sie MigrantInnen und andere angreifen und allen, die nicht so funktionieren, wie sie es gerne hätten, Blockierertum nachsagen. Sie beschimpfen sie als Verantwortliche für die Zunahme von Armut und Abbau des breiten Wohlstandes. Solch ein demokratiegefährdender Blödsinn!

Diesen PolitikerInnen sage ich nur: Nicht die MigrantInnen, oder andere Minderheiten bzw. Sündenböcke (wie beispielsweise Hartz IV-EmpfängerInnen) gefährden unseren Wohlstand und unser gutes Leben hier vor Ort. Ihr seid es! Ihr seid korrumpiert und zerstört unsere Lebenswelt mit Eurem Kürzungswahn und Machterhaltinteressen! Ich sage Euch tumben Heimatschützern!

Menschlich gebliebene Menschen haben erst dann eine Heimat, wenn es hier und anderswo keine verarmten Kinder und hungernde Menschen mehr gibt. Wenn wir es hinbekommen, dass sich jede und jeder zu Gunsten der Allgemeinheit entfalten kann und ausreichend darin gefördert wird! Dann bin ich vielleicht auch stolz auf die Welt, in der ich lebe. Aber vorher bleibt eure Heimatliebe und Euer Patriotismus eine grobschlächtige und scheinheilige hohle Phrase.

Tobias Kaphegyi (Aktiver Gewerkschafter im Tübinger DGB-AK)